

Kampf für die Republik: Eine Neuinterpretation der Ruhrkrise 1923/24

Conan Fischer: The Ruhr Crisis, 1923–1924, Oxford: Oxford University Press 2003, 326 S., 50,00 £

Die Ruhr-Krise der Jahre 1923/24 nimmt als Ausgangspunkt einer grundlegenden Erschütterung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung der jungen Weimarer Republik in den meisten übergreifenden Darstellungen zur Geschichte der Weimarer Republik einen wichtigen Platz ein. Dementsprechend intensiv hat die historische Forschung die nationalen und internationalen Ursachen und Folgen der Krise in den Blick genommen und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der Weimarer Demokratie erwogen. Erstaunlicherweise ist jedoch der konkrete Ablauf des Ruhrkampfes, die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets im Januar 1923 und die daraufhin einsetzende Kampagne passiven Widerstands bisher nicht umfassend thematisiert worden. Diese Lücke füllt nun die Arbeit Conan Fischers, die eine souveräne Zusammenschau der vielfältigen Auseinandersetzungen und Geschehnisse des Jahres 1923 bietet und eine Neuinterpretation des Ruhrkampfes wagt. Es stellt eine besondere Stärke der Studie dar, dass sie internationale, nationale und lokale Dimensionen der Krise detailliert darzustellen und aufeinander zu beziehen weiß. Die vielfältigen Dimensionen der Auseinandersetzung zwischen französisch-belgischer Besatzungsmacht und einheimischer Bevölkerung sowie lokalen Akteuren in den besetzten Gebieten werden vor dem Hintergrund der diplomatischen Krise differenziert erörtert. Durch seinen breiten Ansatz gelingt es Fischer, die Dynamik und Eigenlogik der Konfrontation im Ruhrgebiet herauszuarbeiten.

Auf breiter empirischer Grundlage gelangt Fischer zu einer grundlegenden Neubewertung des passiven Widerstands gegen die Besatzungsmächte. Während der Widerstand in älteren Darstellungen zumeist als von der Reichsregierung implementiertes Mittel einer im Kern nationalistischen Außenpolitik erscheint, beschreibt Fischer die Kampagne als dezidiert republikanische Bewegung, welche, von einer breiten Mehrheit der werktätigen Bevölkerung getragen, die politischen und sozialen Ergebnisse der Revolution von 1918 gegen Interventionen von außen zu verteidigen trachtete. Die Niederlage des passiven Widerstands im Herbst 1923 und die anschließende Aufhebung revolutionärer Errungenschaften wie des Acht-Stunden-Tages bedeuteten deshalb eine fundamentale Desillusionierung der Arbeiterschaft gegenüber der Republik und eine mentale Distanzierung vom Weimarer Staat, den zu verteidigen sie von nun an keinen Grund mehr sah. Der fehlende Widerstandswille gegen die nationalsozialistische Machtergreifung im Frühjahr 1933 hatte seine Ursachen nach dieser Sichtweise auch in den Erfahrungen von 1923.

Fischer vermag für seine Interpretation einige gute Argumente vorzubringen. So zeigt er zunächst, dass der Beginn der passiven Widerstandsbewegung an der Ruhr keineswegs auf politische Order aus Berlin zurückging, wie es die französische Propaganda der Zeit behauptete.

tete. Vielmehr brach der passive Widerstand in den Ruhrgebietsstädten im Wesentlichen spontan aus und wurde insbesondere von den Bergarbeitern, Eisenbahnern und ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Organen getragen, ohne deren Beteiligung der kurzzeitige Erfolg des Widerstands auch kaum möglich gewesen wäre. Versuche der Besatzungsverwaltung, die Arbeiterschaft durch eine antipreußische Werbung zu gewinnen, waren aufgrund des positiven Bezuges zum demokratisierten preußischen Staat und zum Reich von vornherein zum Scheitern verurteilt und fanden selbst unter den polnischen Arbeitern kaum Anklang. Fischer relativiert in diesem Zusammenhang auch oft angestellte Vergleiche der Situation des Frühjahrs 1923 mit dem innenpolitischen ‚Burgfrieden‘ im August 1914, denn es war gerade nicht der autoritäre Hohenzollern-Staat, sondern die in der Revolution errungene Demokratie, welche den Bezugspunkt der Widerständler bildete. Nur aus diesem Umstand einer breiten emotionalen Bindung an die Weimarer Republik und ihre sozialen Errungenschaften erklärt sich für Fischer der monatelange Durchhaltewillen der Ruhrbevölkerung und die massiven Proteste gegen die Aufgabe des passiven Widerstands im Herbst 1923.

Das Ausmaß der Widerstandsbereitschaft und des republikanischen Einsatzes der Bevölkerung zeigt sich auch daran, dass die menschlichen und materiellen Kosten des Widerstands immens waren. Die Reallöhne sanken ständig, der Nahrungsmittelmangel brachte die Region bis an den Rand einer Hungerkatastrophe, und die Bewohner der Ruhrstädte mussten darüberhinaus Übergriffe seitens einer Besatzungsarmee erdulden, die sich angesichts der vor ihr liegenden Aufgaben zunehmend überfordert fühlte und zudem häufig alte Rechnungen aus dem Weltkrieg begleichen wollte. Zu den menschlichen Kosten müssen auch die Massenausweisungen aus den besetzten Gebieten von über 100.000 öffentlichen Angestellten und Beamten aus Verwaltungen, Polizei und Eisenbahn sowie die Evakuierung von mehr als 300.000 Kindern, die an akuter Unterernährung litten, in ländliche Gebiete gezählt werden.

Die grundlegende republikanische Ausrichtung des Widerstands zeigt sich nach Fischer auch in der untergeordneten Rolle, die nationalistische Bestrebungen in der Region spielten. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnte eine Unterstützung der rechtsgerichteten Aktivitäten ab und verurteilte aktive Sabotageakte und Attentate auf die Okkupationstruppen. Die Studie relativiert explizit die Bedeutung des Schlageter-Mythos als nationalistischer Kristallisationspunkt, der in vielen Darstellungen zur Ruhr-Krise einen prominenten Platz einnimmt. An dieser Stelle hätte eine detailliertere Diskussion der Reichweite und Grenzen nationalistischer und chauvinistischer Vorstellungen in der Bevölkerung das Bild des Widerstandes allerdings ergänzen können. Während die Isolation rechtsradikaler Gruppen plausibel belegt wird, erfährt der Leser sehr viel weniger über die Haltung der Ruhrbevölkerung zu nationalen Themen. Auch angesichts der Tatsache, dass spätestens nach 1933 nationalistische Ideologeme auch in der Arbeiterschaft auf einigen Widerhall trafen, könnte eine genauere Untersuchung der Vorstellungswelt einzelner Gruppen der Ruhrbevölkerung von 1923 das Bild der Widerständler weiter differenzieren. Fischer selbst weist etwa auf die Diskriminierungen und Misshandlungen hin, die Frauen, welche Beziehungen zu französischen Soldaten unterhielten, vor und nach dem Ende der Besatzung vielfach ertragen mussten. In diesem Kontext erscheint generell eine eingehendere Untersuchung vermeintlich ‚irrationaler‘ Vorstellungen, Hoffnungen und Gerüchte als Motivation der Widerstandshandlungen sinnvoll, um

den Bezug der Arbeiterschaft zur Weimarer Republik und Gesellschaft im Jahr 1923 weiter zu erhellen.

Der Aufwertung des Widerstands als republikanisch-patriotischer Akt entspricht eine kritische Bewertung der französischen Politik unter Poincaré, deren an territorialer Expansion orientierte, kompromisslose Haltung als wesentliche Ursache der Krise der Weimarer Demokratie erscheint. Das Handeln Poincarés kennzeichnet in dieser Sicht eine tragische Dimension. Angetreten, um den preußischen Militarismus und deutsches Großmachtstreben endgültig in die Schranken zu weisen, trug es nicht unwesentlich dazu bei, die Loyalität der Arbeiterschaft zum neuen Staat und ihre Bereitschaft, ihn gegen revanchistische Bestrebungen zu verteidigen, langfristig zu untergraben.

Zur Destabilisierung der jungen Demokratie trug in Fischers Analyse auch die mangelnde Verständigungsbereitschaft der deutschen Schwerindustrie gegenüber den Arbeitervertretern im Herbst 1923 bei. Die Besetzung förderte zunächst eine Annäherung von Unternehmern und Arbeitnehmern im Zeichen des Widerstands, wobei die Bedeutung der Mitbestimmung und ihrer Institutionen als wichtige Grundlage einer Zusammenarbeit hervorgehoben wird. Allerdings schwelte ein gegenseitiges Misstrauen unter der Oberfläche weiter und trat in den heftigen industriellen Auseinandersetzungen seit dem Sommer wieder in den Vordergrund. Während Fischer einerseits die wirtschaftlichen Zwänge der Schwerindustrie würdigt, welche die Unternehmer zu einer allmählichen Annäherung an die Besatzungsverwaltung bewegten, lässt er doch andererseits keinen Zweifel daran, dass er in einer mangelhaften Kompromissbereitschaft auf Unternehmenseite den wesentlichen Grund für das Scheitern eines gesellschaftlichen Wiederaufbaukonsenses nach der Niederlage des passiven Widerstands sieht. Während angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage im September 1923 sowohl Gewerkschaften als auch die Mehrzahl der Betriebsräte zu Konzessionen in der Arbeitszeit- und Entlohnungsfrage bereit waren, so lange nur die Errungenschaften der Revolution formal gewahrt blieben, arbeiteten die Unternehmer mit aller Macht an einer Wiedereinführung des vorrevolutionären Arbeitsregimes. Durch den langen Konflikt mit den Besatzungsmächten geschwächt, hatten die Gewerkschaften diesen Bestrebungen wenig entgegenzusetzen.

Die kritische Beurteilung der französischen Politik und des Unternehmerhandelns und die Betonung der eigenständigen Reaktion der Bevölkerung auf die Besetzung lässt das Handeln der Reichsregierung unter Wilhelm Cuno demgegenüber in der Darstellung Fischers in einem milderen Licht erscheinen als es bislang geschah. Die Widerstandskampagne erscheint als der Reichsregierung durch die Umstände weitgehend aufgezwungene improvisierte Strategie, die dann allerdings im Zusammenspiel mit der französischen Politik eine verhängnisvolle Dynamik gewann. Der Reichsregierung blieb angesichts der weitgesteckten französischen Ziele, der Zurückhaltung der Industrie, an einer Lösung des Konfliktes mitzuarbeiten, und Forderungen der Bevölkerung nach einer Aufrechterhaltung des Widerstands bis in den Herbst 1923 hinein wenig Handlungsspielraum.

Fischers eindrucksvolle Arbeit zeigt insgesamt die Fruchtbarkeit eines Ansatzes, der die demokratischen Potentiale der Weimarer Republik betont und ihre Geschichte nicht nur aus dem Blickwinkel ihres Scheiterns beschreibt. Das Ruhrgebiet als schwerindustrielle Kern-

region des Deutschen Reiches bildet dabei einen wichtigen und in diesem Zusammenhang bislang wenig behandelten Untersuchungsraum. Auch wenn einige ihrer Thesen nicht unwidersprochen bleiben dürften, ist die vorliegende Studie doch ein wichtiger Beitrag zu einer erweiterten Politikgeschichte der Zwischenkriegszeit.

Till Kössler